



In Österreich besteht keine unmittelbare Gefahr von Terroranschlägen.

Keine akute Terrorgefahr

Österreich ist laut dem Verfassungsschutzbericht 2006 kein Nährboden für das Entstehen eines innerstaatlichen Terrorismus oder die Zunahme extremistischer Erscheinungen. Hauptgründe dafür sind die politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Stabilität in Österreich und der Dialog mit den Kulturen und Religionsgemeinschaften sowie moderaten Islamistenkreisen.

Es gibt derzeit keinerlei ernst zu nehmende Hinweise, dass ein Anschlag geplant oder vorbereitet wird“, sagte Dr. Gert René Polli, Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), bei der Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2006 am 14. Juli 2006 in Wien. Polli betonte die enge Zusammenarbeit zwischen dem BVT und den neun Landesämtern für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) im Bereich der Gefahrenabwehr. Auch von der rechtsextremen Szene gehe keine akute Gefahr für das demokratische System und

die innerstaatliche Sicherheit aus. Es sei aber neben der „latenten Gewaltbereitschaft in der rechtsextremen Skinheadszenen mit einer weiteren Zunahme des vorwiegend rassistisch und fremdenfeindlich motivierten primitiven Rechtsextremismus zu rechnen“.

Österreichischer EU-Ratsvorsitz.

Das BVT übernahm während des EU-Ratsvorsitzes die Vorsitzführung in der Ratsarbeitsgruppe Terrorismus in der Dritten Säule der Europäischen Union (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit). Österreich hat während der EU-Ratspräsidentschaft den Ausbau einer breiten internationalen Kooperation forciert. Die „Vienna Declaration“ brachte den gemeinsamen Wunsch der Entwicklung von Sicherheitspartner-

schaften der EU mit ihren strategischen Partnern zum Ausdruck. Internationale Kooperationen in der Terrorismusbekämpfung und der Proliferation sind unerlässlich zur Schaffung und Erhaltung eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Eine der Prioritäten Österreichs während der Ratspräsidentschaft war die Stärkung des Dialogs der Kulturen und Religionen. Bilateral wurden im Berichtszeitraum die Kontakte zu den Verbindungsbeamten sowie zu Partnerorganisationen gestärkt und vertieft, sowie zusätzlich gesicherte Kommunikationssysteme weiter ausgebaut. Die Schwerpunkte des Ausbaus der bilateralen Kommunikation lagen in Ost- und Südosteuropa, sowie in Nordafrika. Mehrere Veranstaltungen und Se-



minare stellten sicher, dass das Verständnis füreinander gestärkt und der notwendige Schulterschluss aller mit Sicherheit befassten Organisationen gefördert wurde, ohne den eine erfolgreiche Bekämpfung des internationalen Terrorismus nicht möglich ist.

Terrorismus. Die Anschläge auf die Londoner U-Bahn am 7. Juli 2005 bestätigten ein Phänomen, das bereits mit dem 2004 in den Niederlanden begangenen Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh erkennbar geworden war: Die Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus resultiert nicht nur aus dessen internationaler Dimension, sondern ist ein Teil der europäischen Gesellschaft geworden, wie es separatistischer, linker oder rechter Terrorismus seit jeher waren. „Für die auftragsgemäße Wahrung der Staatsschutzaufgaben sind einerseits die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse im Inland, aber andererseits auch die weltweite politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit ihren oft grenzüberschreitenden Phänomenen zu berücksichtigen“, erläuterte Polli.

In Teilen der muslimischen Welt finden Unmut, Verzweiflung und Hass über die westliche Welt beziehungsweise die Globalisierung in islamistischen Aktionismen ihren Ausdruck. Entsprechend hat sich auch die islamistische Extremistenlandschaft verändert. Die Tendenz weg von den traditionellen terroristischen Organisationen und hin zu jihadistischen auf die Al-Qaida-Ideologie ausgerichteten Gruppierungen zeigt eine Verfestigung von transnationalen Bestrebungen dieser Szene auf.

Auf internationaler Ebene, auch in Europa, kam es zu einer Fortsetzung der Tendenzen des Vorjahres. Das waren die Hinwendung einer wachsenden Zahl von Muslimen zu Formen eines islamischen Fundamentalismus unterschiedlichen Ausmaßes, und das vermehrte Abgleiten von islamischen Extremisten in die Gewaltbereitschaft und den terroristischen Jihadismus. Diese Entwicklungen spiegeln sich in abgeschwächter Form auch in Österreich wider: „Wir sehen auch, dass international wie auch bei uns, manche moslemische Kreise einen tendenziell steigenden Radikalisierungsgrad zeigen. Es handelt sich dabei aber um Einzelfälle“, sagte Innenministerin Liese Prokop. Dadurch bestehe ein gewisses



Innenministerin Liese Prokop: „Keine akute Terrorgefahr für Österreich.“

BVT-Direktor Gert Polli: „Rechtsextreme Szene verfolgt Ziele äußerst vorsichtig.“

Risikopotenzial. Derzeit gebe es aber keine akute Bedrohung Österreichs durch islamistische Terroristen, betonte Prokop. Österreich bietet generell auch weit weniger Nährboden für das Entstehen von Radikalismen, als dies in anderen Ländern der Fall ist. Hierzulande ist der Integrationsprozess verhältnismäßig weit gediehen. Der Islam ist in Österreich bereits seit 1912 offiziell anerkannt; seit 1979 ist die „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“ für die religiösen Belange der Muslime in Österreich zuständig. Es besteht eine gute und enge Zusammenarbeit der Behörden mit der islamischen Glaubensgemeinschaft; es gibt regelmäßige Gespräche und Treffen.

Terrorismusfinanzierung. In Österreich besteht eine interministerielle

Koordinierungsgruppe, an der Vertreter der Finanzmarktaufsicht, des Finanzministeriums, des Bundeskriminalamts und des BVT beteiligt sind. Das Gremium trifft sich regelmäßig, um eine koordinierte Vorgangsweise zu gewährleisten. Es werden, sofern nicht Geheimhaltungsinteressen entgegenstehen, laufende Ermittlungen besprochen und Strategien für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung erarbeitet.

In Österreich wurde im Jahr 2005 wegen des Verdachts auf Terrorismusfinanzierung in insgesamt 29 Fällen ermittelt (2004: 14 Fälle). Der Grund für den Anstieg liegt in der weltweiten Sensibilisierung der zuständigen Stellen. Die Ermittlungen, die sich sowohl gegen natürliche als auch gegen juristische Personen richteten, wurden überwiegend aufgrund von Meldungen aus dem Sektor der Finanzinstitute, aufgrund von Verdachtsmomenten im Zusammenhang mit der erhöhten Sorgfaltspflicht initiiert, gefolgt von internationalen Kooperationen.

Rechtsextremismus. Von den Aktivitäten der rechtsextremen Szene ging im Jahr 2005 keine akute Gefahr für die Demokratie in Österreich aus. Wie in den vergangenen Jahren war der Rechtsextremismus im Jahr 2005 von zwei Hauptphänomenen geprägt – der ideologisch motivierten rechtsextremen Szene und der Skinheadszenen. Daneben bestehen rechtstendenziöse Jugendsubkulturen (Hooligans, Dark Wave u. a.). Das BMI und die nachgeordneten Sicherheitsbehörden schöpfen im Rahmen ihres gesetzlichen Ermittlungsauftrags sämtliche rechtliche Möglichkeiten aus, um diesen Phänomenen in all seinen Erscheinungsformen wirksam entgegenzutreten zu können. Besonderer Wert wird auf den Schutz der Jugend gelegt. Eine Reihe einschlägiger Veranstaltungen wurden bereits im Vorfeld verhindert oder es wurde für einen behördlich kontrollierten Ablauf innerhalb der legalen Grenzen gesorgt.

„Um der Strafverfolgung zu entgegen, verfolgte die etablierte rechtsextreme Szene im Jahr 2005 ihre Ziele äußerst vorsichtig. Dort, wo Gruppen oder Einzelaktivisten öffentlich oder medial agierten, bedienten sie sich meist einer verkleusulierten Ausdrucksweise, wobei darauf geachtet wurde, sich stets innerhalb des gesetz-

BVT

Verfassungsschutzbericht 2006



Der Verfassungsschutzbericht 2006 macht für den Berichtszeitraum 2005 und das erste Halbjahr 2006, in dem Österreich den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft inne hatte, die Tätigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung und der neun Landesämter transparent. Der Bericht versteht sich auch als Ausgangspunkt für die Konzeption kurz- und längerfristiger politischer Strategien, um entstehenden gesellschaftspolitischen Konfliktpotenzialen frühzeitig durch Präventionsmaßnahmen begegnen zu können.

Verfassungsschutzbericht im Internet: www.bmi.gv.at/staatsschutz



Innenministerin Liese Prokop mit Spezialisten der Polizei für Gefahrstoffe.

lichen Rahmens zu bewegen“, erklärte Polli. Im Berichtsjahr 2005 sind insgesamt 209 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Tathandlungen bekannt geworden. Gegenüber dem Jahr 2004 (229 Fälle) war somit eine leicht rückläufige Tendenz feststellbar. 86 Tathandlungen (41 %) konnten aufgeklärt werden.

Linksextremismus. Der in den letzten Jahren evidente Bedeutungsverlust der militanten Elemente setzt sich fort. Die szeninterne Kluft zwischen den anarchistisch/autonomen und den marxistisch/leninistischen Gruppen konnte auch im Jahr 2005 nicht überbrückt werden. Die Führerschaft innerhalb der

österreichischen globalisierungskritischen Szene blieb auch im Jahr 2005 im Einflussbereich der moderaten Kräfte. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 wurde von der gesamten österreichischen Linksextremistenszene als Anlass für Protestaktionen genutzt. Dabei erfolgte eine Fokussierung auf symbolträchtige und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Die Protestveranstaltungen wurden vorwiegend von gemäßigten Kreisen, insbesondere aus dem globalisierungskritischen Spektrum, dominiert und nahmen einen weitestgehend ruhigen und friedlichen Verlauf. Die Zahl der politisch motivierten strafbaren Handlungen

gen der linksextremen Szene zeigte erstmals seit Jahren wieder eine steigende Tendenz, bewegte sich in Umfang und Qualität allerdings weiter auf niedrigem Niveau.

Militanter Tierschutz. Unter den Begriff „militanter Tierschutz“ fallen Aktivitäten außerhalb des Rechtsrahmens. Es besteht eine klare Abgrenzung zum allgemein anerkannten Tierschutz, der innerhalb der Rechtsnormen ausgeübt wird. Militante Tierrechtsgruppen planen zur Umsetzung ihrer Ziele bewusst den Rechtsbruch in ihre Aktivitäten ein. Österreichweit wurden 22 einschlägige Straftaten angezeigt (2004: 24). Diese umfassten – abgesehen von einem Hausfriedensbruch – ausschließlich Beschmierungen und Vandalismusakte, wie die Zerstörung von Auslagenscheiben oder das Blockieren von Geschäftseingängen. Die Gesamtschadenssumme belief sich auf rund 14.000 Euro (2004: 31.000 Euro).

Nachrichtendienst und Spionageabwehr. Standortbedingt waren in Österreich im Berichtszeitraum 2005 weiterhin zahlreiche Mitarbeiter ausländischer Nachrichten- und Sicherheitsdienste vertreten. Neben einer starken politischen Komponente verlagern sich die Interessenslagen fremder Nachrichtendienste in Österreich immer mehr in Richtung Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Unter Wirtschaftsspionage versteht man die staatlich gelenkte bzw. gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben. „Im Allgemeinen handelt es sich bei der Spionageabwehr um eine schwierige, personalintensive und langwierige Art von Ab- und Aufklärung von professionellen und konspirativ angelegten Spionagenetzwerken“, erläuterte der BVT-Direktor.

Im Berichtszeitraum wurde gegen neun Personen Strafanzeige nach § 319 StGB (Militärischer Nachrichtendienst für einen fremden Staat) erstattet. Sieben Personen wurden als ausländische Operativoffiziere identifiziert. Im Jahr 2004 gab es nur eine Anzeige gemäß § 316 StGB (Hochverräterische Angriffe gegen einen fremden Staat).

Proliferation. Unter Proliferation versteht man die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten

BVT

Threat Response Centre (TRC)

Im BVT wurde mit Beginn der EU-Präsidentschaft das Threat Response Centre (TRC) eingerichtet. Es ist eine nationale und internationale Informationsdrehscheibe bzw. Koordinationsstelle für alle extremismus- und terrorismusrelevanten Sachverhalte und Ermittlungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.

Durch diese Vernetzung können neue Gefährdungspotenziale erkannt werden; eine schnellere und kompetente



Reaktion wird dadurch möglich. Der Personen- und Objektschutz wurde während der EU-Ratspräsidentschaft durch das BVT gesteuert und koordiniert. In Zusammenarbeit mit den neun Landesämtern für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) wurden vor jeder Veranstaltung laufende Lagebeurteilungen und Gefährdungseinschätzungen erstellt, um anlassbezogen handeln und nötigenfalls angepasste Sicherheitsvorkehrungen treffen zu können.

Produkte, einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows, sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen. Aktuelle Erkenntnisse belegen das unveränderte Interesse bestimmter Länder an Geschäftsbeziehungen mit österreichischen Herstellerfirmen und hier ansässigen Zwischenhändlern, um auf diesem Wege Spezialprodukte beschaffen zu können. Um dem internationalen Trend Rechnung zu tragen, wurden die Präventiv- und Bekämpfungsmaßnahmen der Staatsschutzbehörden und Exportkontrollen intensiviert. Die Sensibilisierung österreichischer Unternehmen im Zusammenhang mit proliferationsrelevanten Vorgangsweisen wurde auch im Berichtszeitraum im Rahmen des Awareness- bzw. Präventionsprogramms des BVT in Kooperation mit dem BMWA und den Zollbehörden fortgesetzt. Im Berichtszeitraum konnten neun Lieferungen gestoppt werden. Diese waren für die End-User-Länder Iran, Nordkorea, Saudi Arabien und Pakistan bestimmt.

Personen- und Objektschutz. Wegen der weiterhin angespannten internationalen Sicherheitslage, besonders nach den Terroranschlägen vom 7. Juli 2005 in London, waren bei vielen Aufenthalten ausländischer Persönlichkeiten und ausländischen Einrichtungen in Österreich umfangreiche Personen- und Objektschutzmaßnahmen erforderlich. Neben den Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit der intensivierten Besuchsdiplomatie (2005: 811 Besuche; 2004: 738) stand die Erarbeitung und Umsetzung eines Sicherheitskonzepts für die Veranstaltungen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft im Mittelpunkt der Tätigkeit. Neben den informellen EU-Ministerräten waren der EU-Lateinamerikagipfel und der EU-USA Gipfel mit dem Besuch des US Präsidenten George W. Bush besondere Herausforderungen. Es fanden zwölf informelle EU-Ministerräte und drei Sondertreffen auf EU-Ministerebene statt.

Kritische Infrastruktur. Im internationalen Kampf gegen den Terrorismus gewinnt innerhalb der Europäischen Union der Schutz kritischer Infrastruktur an Bedeutung. Wichtige private Infrastruktureinrichtungen wie Kraftwerke, Telekommunikations- oder Transporteinrichtungen sollen vor terroristischen Angriffen geschützt werden.

PS-KLIMA Installationsges.m.b.H.
Kälte-Klima-Heizung-Lüftung-Regelung

2320 Schwechat
Am Concorde Park I/ E2/ 9
Tel.: 01/595 44 60
Fax: 01/595 44 60-60

e-mail: office@ps-klima.at


ELEKTRO & HAUS TECHN.ENGINEERING GmbH

ING. JÜRGEN P. ZETTL
GESCHÄFTSFÜHRUNG

A-4020 LINZ · DAMETZSTRASSE 6/5/14 · TEL. 0 732 / 78 32 50 · FAX DW 20
A-4550 KREMSMÜNSTER · BAHNHOFSTRASSE 1 · TEL. 0 75 83 / 64 55 · FAX DW 5
A-1070 WIEN · SIEBENSTERNGASSE 26/7 · TEL.+ FAX 01 / 52 20 558
MOBIL 0 66 4 / 20 02 444 · E-MAIL: OFFICE@ELITE-ZETTL.AT
J U E R G E N . Z E T T L @ E L I T E - Z E T T L . A T



RENÉ SVOBODA
Bad
Planung - Ausführung
Gasgeräteservice
Solar und Klima
NOTDIENST 0-24 UHR

Kaiser - Ebersdorferstraße 77, 1110 Wien
Tel.: 01 / 767 99 04 Fax: 01 / 769 23 51
E-Mail: r.s.installationen@aon.at

VERTEBRALIA® 

ORTHOPÄDISCHE TAGESKLINIK
Ärztlicher Leiter
Prim. Dr. Alexander Kraft
Facharzt für Orthopädie und
orthopädische Chirurgie, Sportarzt

Arthroskopische Gelenkschirurgie • Gelenkersatz • Fuß- und Handchirurgie
Schulterchirurgie • Minimalinvasive Bandscheibenchirurgie
Physikalische Therapie • Heilgymnastik

1090 Wien · Nußdorfer Straße 61 · Telefon 01/310 76 89